

13.10.2008 – PM 65/2008

Finanzkrise

IG BAU fordert 30 Milliarden für Infrastruktur

Frankfurt am Main - Der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiese­hügel hat die Bundesregierung am Montag aufgefordert, die Konjunkturrisiken ernst zu nehmen und mit einem 30-Milliarden-Sofortprogramm die Realwirtschaft zu stützen. „Jetzt ist noch Zeit, etwas gegen die drohende Rezession zu tun. Da darf man nicht allein auf die Finanzmärkte schie­len, sondern muss in reale Werte, vor allem in die marode Infrastruktur investieren.“

Der Gewerkschaftsvorsitzende sieht besonderen Investitionsbedarf in den Bereichen Kanalisation, Verkehr, Kindergärten und Schulen. „Die deutsche Bauindustrie beziffert allein den kommunalen Investitionsbedarf in den nächsten 15 Jahren auf 700 Milliarden Euro. Wenn wir jetzt einen Einstieg in diese dringend notwendigen Zukunfts­investitionen finden, dann stützen wir die Wirtschaft, sichern Arbeitsplätze und Lebensqualität für Millionen Menschen.“

Als eine Möglichkeit der innovativen Finanzierung eines solchen Programms erinnerte der IG BAU-Chef an das von der Gewerkschaft vorgeschlagene Modell einer Investitionsanleihe bei den Beziehern höherer Einkommen. „In einer solchen Notsituation müssen tabulos alle Möglichkeiten geprüft werden, damit nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche zahlen“, so Wiese­hügel.

(1237 Zeichen)

Hinweis an die Redaktionen: Mehr Informationen über die von der IG BAU vorgeschlagene Zukunftsanleihe „Für eine solidarische Weiterentwicklung des Sozialstaates“ finden Sie unter www.igbau.de /Pressecenter/Hintergrund